

Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) am 30. Mai 2024

Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Erhöhtes Cybermobbing unter Schüler:innen - auch in Bremen ein Problem?“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Die europaweite HBSC-Studie befasst sich mit Gesundheit und Wohlbefinden von Jugendlichen im Alter zwischen 11 und 15 Jahren. Sie liefert Daten zu gesundheitsrelevanten Themenfeldern wie körperlicher Aktivität, Ernährung, Rauchen, Alkoholkonsum und psychosozialen Faktoren. Die Ergebnisse fließen in eine europäischen Kinder- und Jugend-strategie ein und werden den Mitgliedstaaten der Weltgesundheitsorganisation zur Verfügung gestellt.

Mobbing an Schulen ist ein Themenfeld dieser Studie. Dabei wird nach schulischem Mobbing und Cybermobbing differenziert. Aus dem Erhebungsjahr 2022 liegen aus Deutschland folgende Ergebnisse vor: Insgesamt wurden 6500 Schüler:innen in Deutschland befragt. Von allen befragten Schüler:innen berichteten 8,6%, von anderen schulisches gemobbt worden zu sein, 3,4% berichteten, aktiv in der Schule gemobbt zu haben, und 1,9 % gaben an, sowohl aktiv schulisches gemobbt zu haben und auch gleichzeitig gemobbt worden zu sein.

Cybermobbing wurde seltener berichtet. Von allen befragten Schüler:innen berichteten 3%, von anderen gemobbt worden zu sein, 2,7% berichteten, aktiv Cybermobbing ausgeübt zu haben, und 1,4% gaben an, sowohl Cybermobbing aktiv ausgeübt zu haben und auch gleichzeitig Cybermobbing erfahren zu haben.

Laut dieser Untersuchung nahm Mobbing im schulischen Kontext im Zeitverlauf ab, blieb zwischen 2017/18 und 2022 aber stabil. Cybermobbing wird seit 2017/18 in der Studie erhoben und nahm 2022 im Vergleich zu 2017/18 deutschlandweit zu. Unbestritten ist, dass vor dem Hintergrund der hochwachsenden Digitalisierung auch das Thema Cybermobbing zugenommen hat. Wie aus der Antwort auf Frage 3 noch folgt, geht der Senat mit einer Reihe von Maßnahmen dagegen vor.

Zu Frage 2:

Cybermobbing stellt keinen eigenständigen Straftatbestand dar, sondern ist als phänomenologischer Oberbegriff für verschiedene potentiell in Betracht kommende und strafrechtlich relevante Verhaltensweisen im Internet zu verstehen. Für das Phänomen Cybermobbing erfolgt keine spezifische statistische Erfassung.

Auch von schulischer Seite liegt keine gesicherte Datenlage vor. Für die Schulen in Bremerhaven ist ein datenbasiertes Berichtswesen auf der Grundlage der aktualisierten Notfallordnung in Vorbereitung. In Bremen werden Meldungen der Schulen an die Schulaufsicht zu Cybermobbing unter dem Stichwort Mobbing subsummiert und nicht gesondert ausgewertet.

Die Beratungsanfragen an den ReBUZ Bremen zum Thema Mobbing haben sich wie folgt entwickelt. Im Schuljahr 19/20 gingen 72 Beratungsanfragen ein. Im Schuljahr 2020/21 sank diese Zahl auf 41 Anfragen ab. Im folgenden Schuljahr sank die Zahl weiter auf 29, um 2022/23 wieder auf 44 anzusteigen. Die Erfahrung in der Beratung von Mobbingfällen ist, dass Mobbing im analogen Kontext parallel auch fast immer über die Sozialen Medien in Form von Cybermobbing/Cyber-bullying stattfindet.

Die Digitalisierung und die entsprechenden Auswirkungen auf die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen nimmt zu. Cybermobbing kommt als absichtliches Beleidigen, Bedrohen, Bloßstellen oder Belästigen auf sozialen Netzwerken, wie Facebook und Instagram oder auch auf Websites, Foren oder in Chats vor, die insbesondere von Kindern und Jugendlichen genutzt werden. So wird es immer wichtiger, in den Schulen einen fairen Online-Umgang zu thematisieren, um Schüler:innen frühzeitig zu sensibilisieren und zu unterstützen.

Zu Frage 3:

In Bremen und Bremerhaven werden eine Reihe von Präventions-, Fortbildungs-, Qualifizierungs- und Zertifikatsmaßnahmen durchgeführt, die die Chancen und Risiken der Nutzung von Social Media-Angeboten fokussieren. Der Bereich der Cybermobbing-Prävention wird dabei als Bestandteil des komplexen Themenfeldes der kindlichen und jugendlichen Medienwelten eingeordnet und mitbehandelt.

Die Landesvereinigung für Gesundheit e.V. führt in Bremen und Bremerhaven seit 2022 das Projekt „Gesunder Umgang mit Medien“ durch. Die Maßnahmen finden im Setting Grundschule und Quartier statt. Ein Handlungsfeld der Maßnahmen richtet sich auf die Thematik Digitale Gewalt, Cybermobbing sowie Hass und Hetze im Internet.

Die ReBUZ in Bremen und Bremerhaven beraten Schüler:innen, Eltern und Schulen zum Thema Mobbing. Insbesondere beraten die an den ReBUZ eingerichteten DiBS! (Diskriminierungsschutz und Beratung für Schüler:innen) betroffene Schüler:innen und ihre Vertrauenspersonen sowie pädagogisches Personal.

Im 2024 veröffentlichten Notfallordner „Hilfen bei nicht-alltäglichen Situationen in Schule“ sind Hinweise zum Handeln bei Digitaler Gewalt, Diskriminierung und Mobbing einschließlich der Beteiligung der Polizei, der Nachsorge und zur Prävention enthalten.

Auch seitens der Polizei werden verschiedene Maßnahmen in Bremen und Bremerhaven im Zusammenhang mit dem Thema Cybermobbing vorgehalten: Das Gewaltpräventionsprogramm „Nicht mit mir!“ für Schüler:innen der 5. und 6. Klassen behandelt unter anderem das Thema Mobbing. Dabei werden die Strafbarkeit und die Tat-folgen beleuchtet sowie Handlungsempfehlungen aufgezeigt.

Im Präventionszentrum der Polizei in Bremen können sich Bürger:innen jeder Altersgruppen außerdem persönlich, telefonisch und per E-Mail in Bezug auf Cybercrime beraten lassen und werden bei Bedarf an Opferhilfeeinrichtungen und Beratungsstellen vermittelt.

Die Homepage der Polizei in Bremen und in Bremerhaven enthalten zudem Verhaltensempfehlungen „Rund ums Internet“. Zusätzlich bietet in Bremerhaven die

Abteilung Zentrale Prävention Beratung- und Unterstützungsangebote für
Lehrer:innen in den Schulklassen und bei Elternabenden an. Außerdem steht sie
Ihnen beratend bei Fortbildungen zum Thema Cybermobbing zur Verfügung.